

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XXII/167

Bad Godesberg, den 1. September 1967

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite		Zeilen
1 - 2	<u>Bewährungsprobe der Finanzpolitik</u> Von Albert Osswald, Staatsminister in Essen	96
3 - 4	<u>Angebrachte Warnung</u> Gesundheitsgefährliches Spiel mit bestrahlten Lebensmitteln Von Professor Dr. Karl Bechert, MdB	48
4	<u>Eine Antwort des Gesundheitsministeriums</u> Hygiene in Gemeinschafts-Waschräumen	14
5 - 6	<u>Verleumdungen sind keine Kavaliersdelikte</u> Von Volkmar Gabert, Landesvorsitzender der SPD Bayern	57
6	<u>"Mein Kampf" in Spanien "schwarz" nachgedruckt</u> Von unseren HD-1-Korrespondenten in Madrid	26

* * *

Bewährungsprobe der Finanzpolitik

Von Albert Osswald,
Staatsminister in Hessen

Die öffentliche Hand war der alleinige Sündenbock, als die ersten Anzeichen einer drohenden Wirtschaftskrise am Ende des vergangenen Jahres deutlich wurden. Als es galt, die Wirtschaft wieder aus der Rezession zu führen, wurde ihr wiederum die alleinige Verantwortung zugeschoben. Hierdurch wurde in beiden Fällen der mögliche Einfluß der öffentlichen Haushalte auf den Konjunkturverlauf überbewertet. Zwar fließen heute ca. 40 Prozent des Sozialprodukts durch die Kassen der öffentlichen Haushalte. Dennoch ist die Vorstellung von der wirtschaftlichen und finanziellen Allmacht des Staates zu einfach, um zutreffend zu sein. Wie oft liegt auch hier die Wahrheit in der Mitte.

Im letzten Konjunkturaufschwung hat nicht die öffentliche Hand alleine gesündigt, der gleiche Vorwurf einer prozyklischen Verhaltensweise trifft ebenso die private Wirtschaft und den Verbraucher. All diese Bereiche haben das Ihre dazu getan, das Lohn- und Preiskarussell in Bewegung zu halten und jenen Prozeß der Konjunkturüberhitzung voranzutreiben, der schließlich mit einer abrupten Verlangsamung des Wirtschaftswachstums sein Ende fand.

Nun hätte die Talfahrt der Wirtschaft sehr schnell gestoppt und in einen Wiederanstieg umgewandelt werden können, wenn sich alle drei Bereiche, nämlich Staat, Wirtschaft und Verbraucher, ebenso gleichgerichtet verhalten hätten wie vorher prozyklisch in der Aufschwungphase - nun also antizyklisch in der Abschwungphase. Während sich aber die öffentliche Hand bemüht, durch eine defizitäre Haushaltspolitik neue Impulse für eine Wiederbelebung der allgemeinen Wirtschaftstätigkeit zu schaffen, investiert die Wirtschaft kaum, der Verbraucher hält sich zurück und spart.

Warum spart der Verbraucher, wenn die Preise sinken? Warum investiert der Unternehmer nicht, wenn das Geld billig ist? Vieles im wirtschaftlichen Bereich geschieht nicht aus (vielfach scheinbaren) Vernunftsgründen. Dieser strenge Maßstab wird nur den Verhaltensweisen der öffentlichen Hand angelegt. Auf eine einfache Formel gebracht lautet der Maßstab so: Die öffentliche Hand soll sich so verhalten, daß ständig steigender Wohlstand bei möglichst gleichbleibenden Preisen gewährleistet wird. Stabilität und Wachstum sollen nicht nur durch eine entsprechende Verhaltensweise der öffentlichen Hand in ihrem eigenen Bereich gesichert werden, sondern notfalls auch durch zusätzliche Maßnahmen bei möglichem Fehlverhalten in anderen Bereichen.

Die Zauberformel glaubt man hierbei in der antizyklischen Haushaltspolitik gefunden zu haben. Bei Konjunkturüberhitzungen sollen die konjunkturbedingten Steuermehreinnahmen abgeschöpft und stillgelegt werden, damit so die Preisstabilität gewährleistet bleibt. In Rezessionsperioden sollen diese stillgelegten Beträge zusätzlich im Investitionsbereich verausgabt werden, um so das Wachstum der Wirtschaft wieder anzukurbeln.

Dieses konjunkturstabilisierende Modell funktioniert allerdings

nur im Idealfall. Einmal weil die öffentliche Hand nur ein Teilbereich der Volkswirtschaft ist, zum anderen, weil die Finanzmittel allein schon wegen ihrer Größenordnung nicht mit der erforderlichen Geschwindigkeit in die erforderlichen Zielpunkte bewegt werden können. Hier sind wir daran, in Deutschland Erfahrungen zu sammeln. Nachdem die Wirtschaft und der private Verbraucher nur zögernd sich bereit finden, durch entsprechende Maßnahmen die rezessiven Erscheinungen zu beseitigen, bleibt es der öffentlichen Hand fast ausschließlich alleine vorbehalten, die Initialzündung für einen neuen, kräftigen wirtschaftlichen Aufschwung zu geben. Den Anfang bildete das erste Konjunkturprogramm der Bundesregierung.

Die Meinungen über den Erfolg sind geteilt, abgesehen davon, daß mancher Skeptiker - von der alten Bundesregierung nicht eben verwöhnt - allein schon wegen der Tatsache, daß überhaupt etwas geschah, mit größerem Optimismus in die Zukunft sah. Die allzu bürokratische Auftragsvergabe, die allzu große Verzettelung in Einzelbereichen und schließlich auch das zu geringe Volumen des Bundesprogramms in Anbetracht der Investitionskürzungen bei Ländern und Gemeinden hat die konjunkturelle Wirksamkeit des ersten Eventualtats weitgehend verhindert. Auch fehlte es an der erforderlichen Koordination zwischen den einzelnen öffentlichen Haushalten, die eine Unterstützung durch Komplementärmaßnahmen seitens der Länder und Gemeinden ermöglicht hätte. Aus diesen Mängeln des ersten Programms hat man gelernt. Das zweite Konjunkturprogramm der Bundesregierung wird in Zusammenarbeit aller drei Gebietskörperschaften abgewickelt. Die Mittel sollen zügig vergeben werden und punktuell da eingesetzt werden, wo die strukturellen Schwächen am größten sind (Arbeitsmarkt, Verkehr, Zonenrandlage, usw.).

Aber nicht hierin besteht die Bewährungsprobe der Finanzpolitik. Sie liegt vielmehr in der Größenordnung der von der öffentlichen Hand eingeleiteten Konjunkturstützungsmaßnahmen. Erstes und zweites Konjunkturprogramm und die Ergänzungsmaßnahmen aller Gebietskörperschaften bewegen eine Finanzmasse, die zusammen mit den ebenfalls antizyklisch wirkenden konjunkturbedingten Steuermindereinnahmen die 10-Milliarden-Grenze bei weitem übersteigt. Diese Mittel müssen kurzfristig abgedeckt werden. Das geschieht im wesentlichen in der Form, daß die jetzigen zusätzlichen Konjunkturstützungsmaßnahmen in Form von Vorgriffen und Bindungsermächtigungen auf bzw. von Haushaltstiteln der beiden nächsten Haushaltsjahre durchgeführt werden sollen.

Es sieht zwar jeder ein, daß der Staat Gas geben muß, wenn sich das Wirtschaftstempo verlangsamt. Ob die Einsicht ebenso allgemein ist, daß der Staat dann auch bremsen muß, wenn es wieder schneller geht, kann bezweifelt werden. Antizyklische Haushaltspolitik kann aber nicht nur nach einer Richtung hin betrieben werden. Zusätzliche Verschuldung in Abschwungphasen findet ihre Rechtfertigung nur in verstärkter Ausgabenkürzung in der Aufschwungphase. Es wird nicht leicht sein, bei reichlich fließenden Einnahmen die vollen Kassen zur Schuldenrückzahlung und Rücklagenbildung zu benutzen. Volle Kassen machen nicht nur Interessenverbände, sondern auch Parlamente sinnlich. Es ist daher die schwere Aufgabe der Finanzpolitik, dafür Sorge zu tragen, daß nicht die Wiederbelebung der Wirtschaft in der Rezession um den Preis der Inflation während der Hochkonjunktur erkauft wird.

Angebrachte Warnung

Gesundheitsgefährliches Spiel mit bestrahlten Lebensmitteln

Von Professor Dr. Karl Bechert, MdB

Die radioaktiven Rückstände, auf Deutsch Atommüll, beliefen sich 1965 in der Bundesrepublik auf einige Hundert Kubikmeter, ihre Menge steigt von Jahr zu Jahr und wird 1970 bei etwa 3.000 cbm jährlich angelangt sein (Euratom-Dokumentation Nr. 5/67 vom 9.1.1967). Die notwendige Lagerungszeit wird auf 600 Jahre geschätzt...

Das Lagern kostet natürlich Geld. Man sucht also nach Möglichkeiten, die gefährlichen Stoffe als nützlich, ja als heilbringend anzubieten und mit Gewinn zu verkaufen.

Es ist unbestritten, daß sie der Forschung auf vielen Gebieten wie Medizin, Landwirtschaft, Chemie, wichtige, sogar unersetzbare Dienste leisten. Aber etwas sehr anderes ist es, die Strahlung solcher Stoffe zum Konservieren von Lebensmitteln zu verwenden. In den Vereinigten Staaten baut die Firma "Irradiated Foods" in Allentown (Pennsylvania) die erste Bestrahlungsanlage zur Konservierung von Lebensmitteln. Sie wird in etwa zwei Jahren den Betrieb aufnehmen und mit der Strahlung von radioaktivem Kobalt 60 arbeiten. Die amerikanische Armee soll als Versuchskarnickel dienen, drei Jahre lang geht etwa ein Drittel der Jahresmenge an bestrahltem Schinken, Schweinefleisch, Geflügel und Rindfleisch an die amerikanische Armee. Das Übrige soll auf dem Markt verkauft werden, wenn die amerikanische Genehmigungsstelle (Food and Drug Administration) zustimmt. Bisher hat sie bestrahlte Kartoffeln, Weizen, Weizenmehl und Speck für den Verkauf freigegeben (Information des Deutschen Atomforums 6/7 vom 12.7.1967).

In Europa fängt der Rummel jetzt auch an. Das Büro Eurisotop der Europäischen Atomgemeinschaft wirbt mit Hilfe der größten fahrbaren Bestrahlungsanlage der Welt, die auf den hübschen Namen IRMA hört und eine Caesium-137-Quelle von 175 000 Curie trägt. Die Anlage kann monatlich 300 Tonnen Fleisch sterilisieren und 3 000 Tonnen Kartoffeln oder Zwiebeln am Auskeimen hindern (Euratom-Dokumentation 20/1966 vom 6.9.1966).

Dr. Walter Herbst von der Universität Freiburg (BrsG), der sich seit Jahren mit den biologischen Gefahren radioaktiver Strahlung be-

schäftigt, hat neulich in einer Broschüre eindringlich vor den unübersehbaren Gefahren solcher Lebensmittelbestrahlung gewarnt. Die Broschüre ist erschienen in der Verlagsgenossenschaft der Waerland-Bewegung, Mannheim, Postfach 2530. Versuche an Ratten haben gezeigt, daß Verfüttern von bestrahltem Fleisch die Enzymtätigkeit, also außerordentlich wichtige Körpervorgänge, erheblich ändert. Die von Dr. Herbst zusammengestellte wissenschaftliche Literatur bietet erdrückendes Material für die Vermutung, daß allgemein bestrahlte Nahrungsmittel gesundheitsgefährdend sind. Bezeichnenderweise haben die wirtschaftlich an der Sache Interessierten vor, um den für den Verkauf ungünstigen Geruch und Geschmack bestrahlten Fleisches zurückzudrängen, das Fleisch oder die Schlachttiere mit Chemikalien zu behandeln, z.B. mit Nitraten, Nitriten, Adrenalin und antibiotischen Stoffen.

Es ist zu hoffen, daß Bundestag und Bundesrat das bei uns bestehende Verbot des Verkaufs von bestrahlten Lebensmitteln nicht lockern werden.

+ + +

Eine Antwort des Gesundheitsministeriums

Hygiene in Gemeinschafts-Waschräumen

sp - Das Bundesministerium für Gesundheitswesen prüft die Frage, ob das Bundesseuchengesetz in dem Sinn geändert werden soll, daß für Wasch- und Toilette-Anlagen in Gaststätten und Krankenhäusern die Benutzung von Gemeinschaftshandtüchern verboten werden kann, wie Bundestagsabgeordneter Professor Dr. B e c h e r t (SPD) mitteilt. Bekanntlich sind in den letzten Jahren wiederholt bei der Überprüfung von Waschanlagen in Kliniken, Krankenhäusern und Gaststätten Erreger von Darmkrankheiten und anderen ansteckenden Krankheiten in Gemeinschaftshandtüchern gefunden worden. Das Ministerium schreibt: "Das Gemeinschaftshandtuch aus Stoff ist eine Infektionsquelle, die zu einer direkten Beimpfung der Haut mit Bakterien führt; es ist eine äußerst unhygienische Einrichtung. In anderen Ländern, zum Beispiel in Bundesstaaten der Vereinigten Staaten, sind Gemeinschaftshandtücher aus diesem Grunde verboten."

+ + -

Verleumdungen sind keine Kavaliersdelikte

Von Volkmar Gabert, Landesvorsitzender der SPD Bayern

In Bayern scheint es nicht möglich zu sein, eine politische Auseinandersetzung fair, das heißt ohne Verleumdungen und ohne bewußte Unwahrheiten, zu führen. Man sollte meinen, daß gerade dann, wenn es um die Schule geht - und um eine christliche dazu - bei aller Härte des Ringens vor allem jene sittlichen Gebote beachtet werden müßten, die nach unserer Verfassung als "oberste Bildungsziele" gelten. Die Schule soll danach Herz und Charakter bilden, sie soll die Schüler zur Achtung vor religiöser Überzeugung und vor der Würde des Menschen erziehen, sie soll Selbstbeherrschung, Verantwortungsgefühl, Hilfsbereitschaft und Aufgeschlossenheit für alles Wahre, Gute und Schöne unseren Kindern vermitteln.

Der Ton, der von der CSU und von vielen ihrer Redner schon zu Beginn der Auseinandersetzung um die Änderung des Schulartikels der Bayerischen Verfassung angeschlagen wird, steht in einem bedauerlichen Kontrast zu diesen Grundsätzen. Die Argumentation für den eigenen Vorschlag tritt gegenüber der Diffamierung der christlichen Gemeinschaftsschule mehr und mehr in den Hintergrund. Den Leitfaden lieferte ein Flugblatt der CSU-Landesleitung, in dem geschrieben wurde: "Im Hintergrund aber steht die Absicht, die christliche Erziehung in den Gemeinschaftsschulen zu verhindern". Diese Verleumdung, sie wird wider besseres Wissen und gegen alle Vernunft erhoben, kehrte dann in abgewandelter Form in vielen Reden von CSU-Funktionären wieder. Der CSU-Abgeordnete Friedrich Arnold, Mitglied des Kulturpolitischen Ausschusses des Bayerischen Landtages, verstieg sich schließlich bei einer Wallfahrt zu folgender Behauptung: "Die Schulgattung der von der SPD gewünschten christlichen Gemeinschaftsschule bildet lediglich einen Vorwand für eine religionslose und im Grunde antireligiöse Erziehung des Kindes." Hier wird nicht mehr politisch gerungen, sondern mit voller Überlegung Haß gepredigt.

Ich habe mich wiederholt dagegen gewandt, für politische Auseinandersetzungen andere Wertmaßstäbe anzulegen als sie im persönlichen Verkehr zwischen Menschen gelten. Politische Verleumdungen können schon deshalb nicht als eine Art Kavaliersdelikt hingenommen

werden, weil ja die Absicht dahintersteckt, daß derartige Behauptungen geglaubt werden sollen.

In CSU-Versammlungen wird aber nicht nur die christliche Gemeinschaftsschule wechselweise als antireligiös hingestellt oder mit der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft in Zusammenhang gebracht, es werden dazu zahlreiche Behauptungen aufgestellt, die nachweisbar unwahr sind. Es ist erschreckend, wie sehr sich ausgerechnet CSU-Redner, die sich als Grahshüter der Christlichkeit in unseren Schulen ausgeben, zynisch über das Gebot der Wahrheitsliebe hinwegsetzen.

Niemand kann sich dabei auf die Kirchen berufen, die weder der christlichen Gemeinschaftsschule einen solchen Charakter noch der SPD solche Absichten unterstellen. Hinsichtlich der Art der Auseinandersetzung stimme ich ausdrücklich mit dem Leiter des katholischen Schulkommissariats in Bayern, Prälat Dr. Fischer, überein, der sagte: "Wenn wir in der Demokratie nicht mehr das Recht haben, unsere Meinung demokratisch, d.h. wahrheitsgemäß und ohne Verleumdungen, auszudrücken und Meinungsverschiedenheiten auszutragen, dann ist die Demokratie am Ende... Deshalb sollte man nun hart aber fair kämpfen, ohne jene vergiftenden Behauptungen, die nicht belegt werden können." Prälat Fischer vertrat schließlich die Auffassung, daß diese Auseinandersetzung ein "Testfall demokratischer Gesinnung" sei. - Bisher ist dieser Test für die CSU negativ verlaufen. Wenn nicht bald Besinnung einkehrt, werden Wunden geschlagen, die nicht so bald verheilen dürften.

+ + +

"Mein Kampf" in Spanien "schwarz" nachgedruckt

Von unserem ED-1-Korrespondenten in Madrid

Seit kurzer Zeit begannen bisher noch unbekannte geschäftstüchtige Neonazis mit der Verbreitung des Hitlerschen "Mein Kampf" in Spanien, Süd- und Mittelamerika sowie dem Nahen Osten. Die fotomechanisch nachgedruckte, zum Preis von umgerechnet 24,50 DM im Schleichhandel vertriebene Ausgabe von 1932 wird von Spaniern vertrieben, die sich hauptsächlich an die deutsche Kolonie Heranmachen, um "mit der Neuauflage des Buches von neonazistischen Weigungen abzuschrecken", wie die gutgedrillten und zum absoluten Stillschweigen verpflichteten Verteiler behaupten.

Die Auflagenhöhe des Buches ist unbekannt. Bisher gelang es nicht einmal, die Drucker und ihre Hintermänner ausfindig zu machen. Von spanischer Seite ist keinerlei Unterstützung zu erwarten. Der einzige Ausweg, um diesem Treiben ein Ende zu setzen, wird von gutinformierten Beobachtern in diplomatischen Schritten gesehen. Die Rechtslage ist nämlich günstig: Das Werk erschien im NSDAP-Verlag Franz Eher Nachf., München, dessen Rechte auf den Freistaat Bayern kraft Gesetzes übergegangen sind. Da Spanien sich ebenfalls der internationalen Urheberrechtskonvention unterwirft, hat die spanische Polizei bei einem entsprechenden Ansuchen auch die nötigen Ermittlungen einzuleiten und die Vervielfältigung des Hitler-Buches zu unterbinden. Von sich selbst aus werden die spanischen Behörden nichts unternehmen, weil nazistisches Gedankengut in der Einheitspartei Falange noch nicht verschwunden ist und die Mitglieder dieser Partei noch immer den Hitler-Gruß in offiziellen Versammlungen pflegen. - Eine über Bonn geleitete Demarche der Bayerischen Staatsregierung, so wird in sachverständigen Kreisen in Madrid geäußert, würde allerdings die Spanier dazu zwingen, in der Angelegenheit "Mein Kampf" rasch und energisch tätig zu werden. + + +